

Protokoll:	Ausschuss für Wirtschaft und Wohnen des Gemeinderats der Landeshauptstadt Stuttgart	Niederschrift Nr.	34
		TOP:	3
Verhandlung		Drucksache:	100/2017
		GZ:	StU
Sitzungstermin:	28.04.2017		
Sitzungsart:	öffentlich		
Vorsitz:	EBM Föll		
Berichterstattung:	Herr Dr. Oediger, Frau Schweyer (beide ASS)		
Protokollführung:	Frau Sabbagh / fr		
Betreff:	Modellprojekt Gewerbegebietsmanagement SynergiePark PLUS (Planen, Lenken, Umsetzen, Stärken)		

Beratungsunterlage ist die Mitteilungsvorlage des Referats Städtebau und Umwelt vom 30.03.2017, GRDRs 100/2017. Sie ist dem Originalprotokoll sowie dem Protokoll-exemplar für die Hauptaktei beigelegt.

Einleitend erläutert Herr Dr. Oediger das Projekt im Sinne der Vorlage. Anschließend schildert Frau Schweyer den Projektstand anhand einer Präsentation, die dem Protokoll als Dateianhang hinterlegt ist. Aus Datenschutzgründen wird sie nicht im Internet veröffentlicht. Dem Originalprotokoll und dem Protokoll-exemplar für die Hauptaktei ist sie in Papierform angehängt.

Die Vertreter der Fraktionen danken für die Ausführungen.

StR Bott (CDU) zeigt sich beeindruckt von diesem Modellprojekt, das einen ständigen Dialog der Akteure beinhaltet. Er regt an, dass das Projekt nach Abschluss der Planungsphase nochmals im Ausschuss vorgestellt wird.

Auch StRin Fischer (90/GRÜNE) begrüßt das Projekt, das es ja für den Bereich Wohnen schon gebe. Man brauche die anderen Akteure, weil die Abteilung Wirtschaftsförderung oft keine Lösungen anbieten könne. Ihre Fraktion habe großes Interesse daran, dass das Vorgehen anschließend auf andere Gewerbegebiete übertragen werden kön-

ne. Allerdings werde es nicht ohne Personal umzusetzen sein. Ihre Fraktion setze auf Flächeneffizienz und lehne eine Entwicklung auf der grünen Wiese ab.

Das in seinen Augen längst überfällige Projekt wird auch von StR Lutz (SPD) befürwortet. Schließlich wolle man die begrenzten Gewerbeflächen möglichst effizient ausnutzen und Wirtschaft ansiedeln. Ein solches Management sei insbesondere für kleinere Firmen und Start-up-Unternehmen sehr wichtig. Die Anbindung an den ÖPNV und die Versorgung mit Kitas sei mittlerweile Standard bzw. selbstverständlich. Und darauf achte man auch, darüber hinaus müssten Arbeitsplätze im Gegensatz zu früher auch architektonisch attraktiv sein. Er fände regelmäßige Berichte darüber auch im UA Gewerbeflächen sinnvoll. Er gehe davon aus, dass ein Gewerbegebiet ein Stück weit eine permanente Betreuung brauche. Dann sei auch der Gemeinderat in der Lage, sich verändernde Gewerbeflächen mitzusteuern bzw. sie gut nachzubelegen. Wenn das Modell funktioniere und bei der IHK und den Arbeitgeberverbänden geschätzt werde, erhalte man die beste Unterstützung für das Projekt.

Auch seine Fraktionsgemeinschaft halte das Projekt für sehr begrüßenswert, schickt StR Ozasek (SÖS-LINKE-PluS) voraus. Die Stadt müsse angesichts der nur begrenzt zur Verfügung stehenden Fläche intelligente Lösungsansätze finden. Die Innenentwicklung müsse forciert werden, wenn man nicht den Weg des Flächenfraßes gehen und weitere ökologische Schäden produzieren wolle. Dies erfordere neue Strategien und übergreifende Denkansätze. Man müsse auch auf die Gewerbeschwerpunktausweisungen in der Region und die interkommunale Konkurrenz beim Werben um Industriean-siedlungen und Unternehmensverlagerungen reagieren. Er kritisiert, dass die im Unterausschuss diskutierte Wirtschaftsflächenkonzeption immer noch nicht vorliege, nun aber bereits der erste Umsetzungsbaustein präsentiert werde. Er hätte es begrüßt, wenn zuerst die Konzeption vorgelegt worden wäre, um zu sehen, was aus dem Dis-kussionsprozess mit externen Partnern und den Fraktionen eingeflossen sei bzw. ob hier noch korrigiert werden müsse. Positiv bewertet er, dass der Synergiepark als be-deutendstes Gewerbe- und Industriegebiet in der Stadt nun vorangebracht werde sowie im Bereich der Ressourcennutzung Synergien gehoben und im Dialog mit der Wirt-schaft Ansätze im Hinblick auf verstärkt kreislaufwirtschaftliches Denken und intelligen-tere Flächennutzung entwickelt würden. Seine Fraktionsgemeinschaft hoffe, dass nicht nur das Umfeld der Unternehmen verschönert bzw. optimiert werde, sondern dass stadtentwicklungspolitische Ansätze mit aufgegriffen würden. Dazu gehörten z. B. die großen Themen der funktionalen Mischung, wie etwa Industrieareale in eine urbane Umgebung eingebettet werden könnten oder wie man unter dem Begriff Eco-Industrial Parks zukunftsfähige Industrie- und Gewerbeareale im Stadtgebiet entwickeln könne. Hier dürften auch die Themenfelder Mobilität und Energie nicht fehlen. An dieser Stelle verweist er auf die zusätzlichen Arbeitsplätze, die durch die Aufsiedlungsvorhaben der Firmen Daimler und Allianz entstünden und die die ohnehin angespannte Verkehrssi-tuation noch weiter verschärften. Hier müssten endlich zukunftsweisende Lösungen - vor allem für den ÖPNV - präsentiert werden, die sich auch auf andere Industrieareale übertragen ließen.

Da die Bestandsaufnahme erst Mitte 2017 abgeschlossen sei, hält StR Zaiß (FW) eine intensivere Beratung über die Umsetzung für verfrüht. Zunächst sollte man die Haltung der Firmen abwarten.

In Anbetracht des bedeutenden Gewerbegebietes sieht auch StR Klingler (AfD) das Projekt als sehr wichtig an. Doch müsse man auch mit den benachbarten Sportvereinen

kooperieren, sodass deren Angebote ebenfalls genutzt werden könnten. In die Überlegungen einbeziehen sollte man neben Gastronomie und Kinderbetreuung z. B. auch die Hotellerie oder einen Baumarkt. Mit Blick auf die verkehrliche Situation merkt er an, hier dürften keine Parallelstrukturen - Seilbahn, Nord-Süd-Straße - geschaffen werden, weshalb die Verwaltung in die Konzeption mit eingebunden werden sollte.

Zum Thema Verkehr führt Herr Dr. Oediger aus, es sei elementar für das Gebietsmanagement, die Entwicklungs- und eine eventuelle Durchführungsphase, dass alles verzahnt sei. Die Abteilung Verkehrsplanung im Stadtplanungsamt sei im Steuerungskreis vertreten. Mit dem Stadtteilmanagement bei der Abteilung Wirtschaftsförderung habe der Gemeinderat ein großes Erfolgsmodell geschaffen. Dort kooperiere man mit den Gewerbe- und Handelsvereinen, anderen Vereinen, den Handeltreibenden, Eigentümern und der Bevölkerung vor Ort vorbildlich für ausgewählte Gewerbegebiete. Dieses Gebietsmanagement sei dann aber auch eine Daueraufgabe, die sich möglicherweise innerhalb des Prozesses wandle, z. B. von einer vorwiegend infrastrukturellen zu einer Netzwerkarbeit hin. Das Gebietsmanagement werde jeweils individuell an das Gebiet angepasst. Der Gemeinderat müsse auch finanzielle Ressourcen diskutieren, ebenso die Frage, ob bei der Umsetzung einer Maßnahme auch die Unternehmen mit gefordert seien. Dies verlange ebenfalls einen sehr intensiven Dialog.

Die Verwaltung habe einzelne Gebiete vor Augen, die sie gerne gemeinsam mit dem Gemeinderat in Hinblick auf die Frage, wo ein Gebietsmanagement notwendig sei und wo nicht, entwickeln würde. Nach Abschluss der Entwicklungsphase würde die Verwaltung den erarbeiteten Stand gerne dem Gemeinderat vorstellen, damit dieser über das weitere Vorgehen entscheiden könne.

EBM Föll stellt abschließend Kenntnisnahme fest.

Zur Beurkundung

Sabbagh / fr

Verteiler:

- I. Referat StU
zur Weiterbehandlung
Amt für Stadtplanung und Stadterneuerung (5)
Amt für Umweltschutz
weg. UTA

- II. nachrichtlich an:
 1. Herrn Oberbürgermeister
 2. OB-PR
Rechnungsprüfungsamt
OB/82
 3. Referat AKR
Haupt- und Personalamt
 4. Referat WFB
Stadtkämmerei (2)
Amt für Liegenschaften und Wohnen (2)
 5. BezÄ Mö, Vai
 6. L/OB-K
 7. Hauptaktei

- III.
 1. CDU-Fraktion
 2. Fraktion Bündnis 90/DIE GRÜNEN
 3. SPD-Fraktion
 4. Fraktionsgemeinschaft SÖS-LINKE-PluS (2)
 5. Fraktion Freie Wähler
 6. AfD-Fraktion
 7. Gruppierung FDP
 8. Die STAdTISTEN